



NOV.84 DIE ROTE PRESSE
10. Jahrgang Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede
Kommunistische Partei Deutschlands



Pressenstraße VIII, Mstr. Sann

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ADÉ ?

3. Schicht in BI

Im letzten Monat wurden im Betrieb I an den Pressenstraßen Sann und Birkhahn die 3. Schicht eingeführt. Diese Regelung soll bis November, bzw. bei einer Pressenstraße bis März 85 laufen. Nach den neusten Informationen allerdings, wird es in der Pressenstraße IV vorher gestoppt. Der erhoffte BMW-Auftrag ist wohl trotz der Nachtschicht der Kollegen bei Birkhahn und Sann vorerst futsch!

Als Begründung für die 3. Schicht gab die Geschäftsleitung"Aufträge von Daimler-Benz und BMW"an, die nur über diese Anlagen laufen könnten. Als weitere Maßnahme zur Abwicklung dieser Aufträge sollten neue Leute fest eingestellt, bzw. aus Zeitverträgen fest übernommen werden.

Tatsache ist aber, daß es sich bei diesen Aufträgen um hochwertige Karosserieteile handelt, wie sie Thyssen bisher selten von den Autofirmen bekommen hat. So mag es auf der Hand liegen, daß die Geschäftsleitung mit der Abwicklung dieser Aufträge beweisen will, diese ebensogut wie die Herstellung von Fahrwerksteilen zu bewältigen. Und um natürlich in Zukunft weitere solche Aufträge zu bekommen. Daher scheint die als "vorübergehend" bezeichnete Einführung der 3. Schicht mehr als fragwürdig.

Der Trend, durch höhere Auslastung der Maschinen und Anlagen größeren Profit zu machen, ist eine bekannte Tatsache. Je mehr rationalisiert wird, und je mehr teure und komplizierte Anlagen angeschafft werden, desto stärker wird auch das Bestreben der Unternehmer sein, diese Anlagen optimal auszunutzen.

Schichtarbeit - gesundheitsschädlich

Unbestritten ist aber auch, daß Schichtarbeit, insbesondere Wechsel- und Nachtschichten bei den betroffenen Kollegen zu erhöhtem Streß führt, d. h. die körperliche und nervliche Anspannung ansteigt. Insgesamt sind Schichtarbeiter wesentlich krankheitsanfälliger. Eine Gefahr, die auch durch Schicht- und Nachtarbeitszulagen nicht ausgeglichen werden kann.

Grundsätzlich muß aus all diesen Gründen Schichtarbeit abgelehnt werden. Betriebsräte müssen hier alle Mittel ausschöpfen, damit Schichtarbeit nicht weiter ausgedehnt wird.

Im letzten Monat hat die Geschäftsleitung dem Betriebsrat die Zustimmung zur 3. Schicht quasi abgepreßt. Und zwar mit der Drohung, daß sonst in Zukunft nicht genügend Aufträge hereinkämen. Mit dem Argument der "Dringlichkeit" lassen sich aber immer wieder nicht nur Überstunden, sondern auch zusätzliche Schichten begründen.

Aber auch aus anderen Erwägungen war der Betriebsrat bei seiner Zustimmung zur 3. Schicht schlecht beraten. Etliche Betriebsratsmitglieder müssen sich die Frage gefallen lassen, wie weit sie eigentlich dem Arbeitgeber in Zukunft noch entgegenkommen wollen. Bis zum April 85 müssen nämlich Betriebsvereinbaren abgeschlossen sein, um die im neuen Tarifvertrag vereinbarte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden zu regeln. Von seiten der Unternehmer werden derzeit etliche Vorschläge unterbreitet, mit denen sie die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen oder in ihrem Sinne abzumildern versuchen. Teilweise sind schon in einigen Großkonzernbetrieben Vereinbarungen ausgehandelt worden, mit denen man den Kollegen die wöchentliche Arbeitdzeitverkürzung abgekauft hat. So gibt es neben der Verlängerung von Pausen zusätzliche Freischichten , also zusätzliche Urlaubstage, Welche Schwierigkeiten hier zu erwarten sind, konnte man vor einiger Zeit einem Zeitungsbericht entnehmen (NW vom 10.10. 84):



Pressenstraße IV, Meister Birkhahn

Pausenverlängerung ist das letzte, was die Kollegen wollen !

Bei Ausweitung der Schichtarbeit ist es nicht ausgeschlossen, daß auch bei Thyssen solche Vorschläge auf den Tisch kommen

Wir sollten uns darüber klar werden, daß Schichten- , Pausen- oder Freitageregelungen einer generellen wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung erst einmal einen Riegel vorschieben. Von einer erfolgreichen Fortsetzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche in den nächsten Jahren gar nicht zu denken.

Vergessen sollten wir auch nicht, daß die IG-Metall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche deshalb in die letzte Tarifbewegung eingebracht hat, um eine gesundheitliche Entlastung für alle Kollegen zu erreichen. Wobei gleichzeitig ein beschäftigungswirksamer Effekt zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beabsichtigt worden ist.

Daher darf es nur Betriebsvereinbarungen geben, womit die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung möglich wird und wobei ganz klar gleichzeitig mit den Unternehmern über die entsprechenden Neueinstellungen verhandelt wird, die durch die Arbeitszeitverkürzung ja irgendwo notwendig werden. Alles andere würde bedeuten, daß die Tür zur 35-Stunden-Woche, die jetzt noch offen steht, erst einmal zugeschlagen wird.

Von Nichts kommt Nichts!

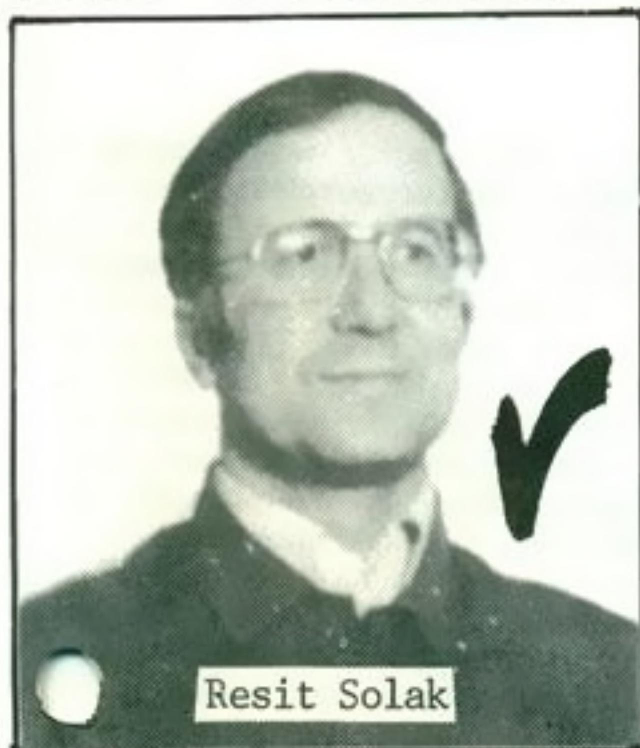
Starke und erfolgreiche Betriebsräte gibt es nur mit einer starken Gewerkschaft." So lautet ein altes Motto des DGB, welches oft anläßlich von Betriebsratswahlen hervorgeholt wird.

Nun haben wir bei Thyssen seit der letzten Wahl eien Betriebsrat, der sich ausschließlich aus Metallern zusammensetzt - eine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit, sollte man meinen. Doch ist unser Betriebsrat dadurch gestärkt oder die Betriebsratsarbeit verbessert worden?

Wir haben da erhebliche Zweifel. Da ist einmal das Verhalten solcher Leute wie Resit und Atif Solak, sowie Wiza. Laut wurde von ihnen vor der letzten, bzw. vorletzten Betriebsratswahl die Trommel gerührt. Doch schon bald wurden zur Überraschung vieler Kollegen die Betriebsratsmandate zurückgegeben, wie jetzt zuletzt auch von Wiza. Der eine Solak setzte sich ins Heimatland ab, der andere Solak und Wiza lassen sich ihre "verdiente" Betriebsratstätigkeit mit einem ansehnlichen Angestellten-Gehalt belohnen. Hier wird ein Verhalten an den Tag gelegt, daß mit der aufrecht-moralischen Haltung, die von einem Gewerkschafter erwartet wird, gar nichts mehr zu tun hat.

Wurde vor der Betriebsratswahl unter den IG-Metall-Betriebsräten um die Listenplätze gekungelt, in erster Linie, um die unbequemen Kandidaten hinten runterfallen zu lassen, so hat man jetzt Schwierigkeiten, die laufende Betriebsratsarbeit vernünftig in Gang zu halten. Es fehlen Kollegen, die selbstständig in den Ausschüssen arbeiten können. So wurden sogar Kollegen in die Betriebsratsarbeit mit einbezogen, die man vorher erst gar nicht im Betriebsrat haben wollte - was natürlich begrüßenswert ist.
Die ganze Abgrenzungspolitik gegen die fortschrittlichen Betriebsratskollegen hat dazu geführt, daß einige von Wiza und Schell auf die IG-Metall-Liste gesetzte Kollegen in den Betriebsrat gekommen sind, die hauptsächlich zur Sicherung der Mehrheitsverhältnisse herhalten sollen. Bei einigen dieser Kollegen scheint außer gutem Willen nicht viel mehr vorhanden zu sein - leider!
Will man die Interessen der Kollegen vertreten, braucht man aber außderdem noch Wissen und einen Standpunkt gegenüber dem Unternehmer. Das Verteilen von Sicherheitskleidung und das Regeln von Urlaubsangelegenheiten reicht nicht. Vor allem, wenn man sich in vielen anderen Dingen erst gar nicht ran

Solche " Betriebsräte " kann man wirklich abhaken !



Ehemaliger BR, jetzt in Lauerstellung... ?



Ehemaliger BR, Einstieg ins Hotelgewerbe... ?



Ehemaliger BR-Vorsitzender, Wende um 180°... ?

Bewußte Gewerkschafter und aktive Betriebsräte haben wir heutzutage bitter nötig !

traut oder sich von Meistern und Abteilungsleitern einseifen läßt.

Aber: Von Nichts kommt Nichts! Jahrelang hat die alte Betriebsratsmehrheit selbst dafür gesorgt, daß Kollegen, die gegen Mißstände aufbegehrt haben, mundtot gemacht wurden. So nach der Devise: "Wem es hier nicht paßt, der kann ja gehen." Fragt sich jetzt, woher Nachwuchs für Betriebsrats- und gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit herkommen soll.

Als in der letzten Tarifrunde eine Mehrheit im Betriebsrat unter dem Druck der kalten Aussperrung erstmals die Zustimmung zu Überstunden verweigerte, kam bei vielen Kollegen etwas Hoffnung auf, daß Änderungen in der Betriebsratsarbeit möglich seien. Eine Änderung, die weg führt von der Sozialpartnerschaft mit dem Unternehmer und hin zu einer aktiveren Vertretung der Kollegeninteressen.

Eine solche Änderung in der Betriebsratarbeit kann sich nur dann durchsetzen, wenn eine Mehrheit von Kollegen selbst dafür sorgt, daß aktive Gewerkschaftsbeit und Vertretung der Kollegeninteressen bei Thyssen an der Tagesordnung bleiben.

****

Aus „Der Angriff", Betriebszeitung der KPD für Klöckner /Bremen

„Türken raus — was haben wir davon?"

In ihrer Ausgabe vom 20. März veröffentlicht die Betriebszeitung der KPD bei Klöckner/Bremen einen Artikel, der sich mit der sogenannten Ausländerrückführung befaßt. Ganz konkret für den Betrieb wird dabei deutlich, daß die reaktionäre These, durch solche Maßnahmen würden Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter frei, nicht stimmt. Dazu der Artikel:

„Die Türken nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg." Das ist immer noch die Meinung vieler Kollegen. Nun sind schon über 200 Türken über den Sozialplan ausgeschieden oder gehen demnächst. Weitere 110 haben Anträge gestellt, aber Klöckner läßt sie nicht laufen, weil keine Ersatzleute zu kriegen sind — **im Werk**, denn über Neueinstellungen denken unsere Chefs keine Sekunde nach, solange von uns nicht mehr Druck ausgeht. Also rund ein Viertel der türkischen Belegschaft verläßt „freiwillig" seinen Arbeitsplatz, ohne daß irgendjemand von uns einen arbeitslosen Schwager oder Nachbarn auf der Hütte unterbringen kann.

Denn über den Sozialplan kann ja nur derjenige ausscheiden, dessen Arbeitsplatz wegfällt. Das gilt auch für die meisten dreckigen und schlecht bezahlten Arbeitsplätze, die die Türken jetzt freimachen: Flämmerei, Hochofen. Am Hochofen und in vielen anderen Bereichen bleibt die Arbeit die gleiche, wird nur von weniger Kollegen bewältigt. „Türken raus" heißt hier nicht „Deutsche rein", sondern: Deutsche und verbleibende Türken müssen fürs gleiche Geld mehr arbeiten.

Einige Arbeitsplätze werden im Ringtausch wieder besetzt. Als Packer im KW, wo früher türkische Kollegen tätig waren, arbeiten jetzt frisch ausgebildete Handwerker.

Das ist kein Druckfehler! Während in vielen Handwerksbereichen enorme Unterbesetzung herrscht (Überstunden!) werden zum Packen die jungen Gesellen geschickt, die Klöckner so gnädig übernommen hat.

Hier werden also „türkische" Arbeitsplätze von Deutschen besetzt. Nur kostet das die Kollegen ihren Beruf, und den Betriegsrat kostet es bekanntlich die Zustimmung zur jetzigen Kurzarbeit.

Der Kommentar :

Maulkorb

Da sagt ein Abgeordneter im Bundestag, was die Spatzen in diesem unserem Lande von den Dächern pfeifen, daß nämlich der Weg Helmut Kohls an die Spitze von Fraktion und Partei von Flick freigekauft worden sei. Und was passiert? Der stellvertretende Bundestagspräsident (der eigentliche war nicht im Amt wegen eben dieser Flick-Millionen) schmeißt ihn raus. Und was passiert noch? Die SPD-Fraktion stimmt zwar am nächsten Tag gegen den Ausschluß des Abgeordneten Reents von den Grünen, aber nur, weil die Sozialdemokraten 5 Tage Ausschluß „unverhältnismäßig" finden. Und was passiert noch? Der Fraktionskollege Schily, ebenfalls von den Grünen, hat nichts Besseres zu tun als öffentlich zu erklären, daß man solche Dinge nicht sagen dürfe, bevor Herr Barzel vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ausgesagt habe. Und wie nennt [illegible] das Ganze? Demokratie!

Daraus lernen wir: 1. In der Demokratie ist der Kanzler eine heilige Kuh. Wer das Gegenteil behauptet, begeht Gotteslästerung. 2. In der Demokratie kann der Abgeordnete frei seine Meinung sagen, er muß nur vorher fragen, ob sie Flick in den Kram paßt.

****

HERAUSGEBER UND VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTES :

KPD BIELEFELD, c/o M. LENGER

BÜRO SCHILDESCHER STRAßE 53
48 BIELEFELD 1

Aktionen der Friedensbewegung am 20. 10. '84

400 000 waren dabei



Hunderttausende Menschen haben in diesem Herbst an den Kundgebungen der Friedensbewegung teilgenommen.

Schwerpunkte waren im Oktober der vorige Samstag die Großkundgebungen in Bonn, West-Berlin, Hamburg und Stuttgart. Im September waren es Kundgebungen und Mannöverbehinderungen in Fulda und Hildesheim.

Besonders die Aktionen gegen die Herbstmannöver im Gebiet von Fulda und Hildesheim haben gezeigt, daß es der Friedensbewegung zumindest teilweise gelungen ist, von der allzu engen Orientierung allein auf die Raketen wegzukommen. Stattdessen richteten sich diese Aktionen gegen die allgemein zunehmende Aufrüstung und Militarisierung unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt gegen die Kriegsvorbereitungen durch die Herbstmannöver der britischen und amerikanischen Streitkräfte von deutschen Boden aus.

So finden im Raum Fulda jährlich über 200 kleine und große Mannöver statt. Truppen der Bundeswehr, besonders aber der Amerikaner sind im Raum Fulda wegen der besonderen geografischen Lage konzentriert:
So sind in Fulda 50.000, in Hanau 20.000 US-Soldaten stationiert. Innerhalb des letzten Jahres sind in Osthessen in beängstigender Geschwindigkeit neue Militäranlagen sowohl für Raketen, als auch Depots und Kasernen für jedes militärische Material errichtet worden.

Das Ganze nennt sich Verbesserung der NATO-Infrastruktur, und bedeutet nicht nur neue Bunker und Kasernen, sondern ebenso das Material dafür, nämlich Panzer, Fahrzeuge und Munition, wie sie in erster Linie von der westdeutschen Rüstungsindustrie geliefert werden. Wesentliche Baugruppen für die neue LKW-Generation wurden bekanntlich bei uns in Brackwede gebaut; (Rahmen für MAN) andere zum Thyssen-Konzern gehörende Betriebe wie Blohm & Voss in Hamburg und die Nordseewerke in Emden liefern Kriegsschiffe, Henschel in Kassel baut Panzer.
Auch uns geht das also alle etwas an !


Bodenwanne für den LEO 2, gefräst in B IV

Wer an weiteren Informationen zu diesem Thema interesseirt ist, sollte sich noch einmal die "Metall" Nr. 19 vom 21. September zur Hand nehmen (oder besorgen). "Metall" berichtet unter der Überschrift "Die größte Aufrüstung aller Zeiten" über das 1.000 Milliarden (!!!)-Programm der Bundeswehr und die dazugehörigen politischen Hintergründe, wie sie in den Konzepten vom sog. "kalkulierbaren Erstschlag gegen die UdSSR" von Reagan-Regierung entwickelt worden sind.

Die Friedensbewegung hat erkannt, daß sie dort aktiv werden muß, wo aufgerüstet und der Krieg vorbereitet wird. Daran ändern auch die Unkerufe der bürgerlichen Tagespresse nichts, nur weil dieses Jahr sichtbar weniger Menschen den Aufrufen der Friedensbewegung gefolgt sind als 1983.
Solange in beiden Militärblöcken, also in West und Ost aufgerüstet wird, wird die Kriegsgefahr wachsen und wird die Friedensbewegung ihre Daseinsberechtigung haben. Nicht nur moralisch, sondern hat unsere Unterstützung verdient.

Allerlei auf Seite zwei mal drei

ZIMMERMANN PLANT :



Saubere Luft für jedermann

BONN. – Hat er auch einen Meineid geschworen, so müßten wir doch alle sauer verregnen, gäbe es nicht unseren Saubermann. Der beste Zimmermann dieser Regierung.

Selbst aus dem schwierigsten Problem Buschhaus findet er noch einen Ausweg. Wie soll man es den Kraftwerksbetreibern auf der einen und den Umweltschützern auf der anderen Seite recht machen? Ganz einfach – mit einem Plastikzelt!

Ab 1. Januar 1985 steht es für jedermann zur Verfügung. Erdbebensicher, zum Superpreis von nur 250 Mark. Und das Dollste: für zusätzliche 50 Mark gibt es wahlweise einmal täglich frische Meeres- oder Alpenhöhenluft im Abonnement.

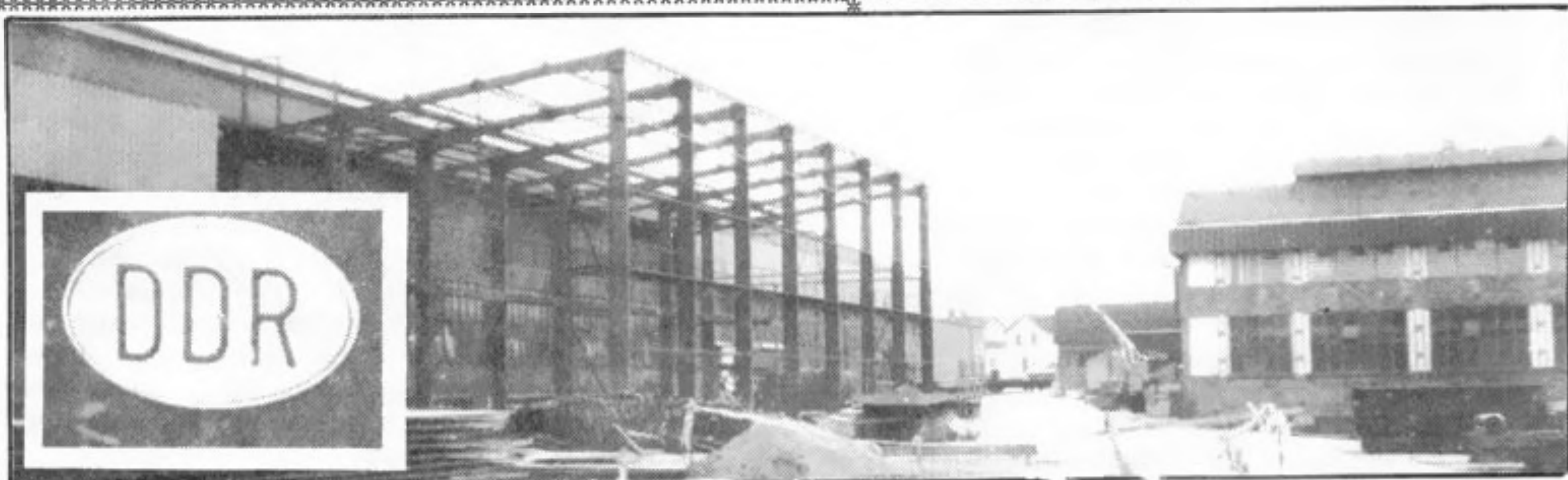
Niemand braucht also mehr Angst zu haben vor saurem Regen, Pseudo-Krupp und anderen Umweltkrankheiten. Im Plastikzelt lebt es sich sauber und sicher, während die Kraftwerksbetreiber ganz ohne Filteranlagen produzieren können.

"Stars and Strips" geflaggt vor der Verwaltung, wegen einigen amerikanischen Besuchern.

HIER STELLT SICH DIE FRAGE :

Wird Thyssen demnächst von den AMIS übernommen,
oder greift die SOFFJETZONE zu ?

Stahlkonstruktion der neuen Sandstrahlhalle, Teil des neuen Hallenschiffes hinter B III. Geliefert und aufgestellt von der DDR. (Fehlt uns hier dazu etwa der Stahl oder die Arbeitskräfte?)





Vaadettiginiz çıraklık yerleri nerde?

Gençlik İş Koruma Kanunu değiştirildi:

Gençliğin daha iyi sömürülmesi için yeşil ışık yakıldı

Bundan iki hafta önce değişikliğe uğrayan İş Koruma Kanunu'nu değerlendirdiğimizde, varılabilecek tek sonuç budur. Yapılan değişikliklere bir göz atmak istiyoruz.

Bundan sonra genç emekçiler:

★ Saat 6.00'da iş alabilecekler, bugüne kadar ise en erken saat 7.00'de iş alabiliyorlardı,

★ 16 yaşındaki fırın çırakları saat 5.00'den itibaren çalışabilecekler,

★ 17 yaşındaki gençler ise saat 4.00'den itibaren işbaşı yapmaya zorlanabiliyorlar,

★ Günlük çalışma saati 8,5 saate çıkarılabilmekte—gidiş, geliş ve molalar da hesaplandığında, bir genç bu durumda evinden 12 saat uzak kalabilmekte,

★ Tarım, inşaat ve montaj işlerindeki gençlerin mesai saati 10 saatten 11 saate çıkarıldı,

★ Tarım ve balıkçılık sektöründe çalışan gençler bundan sonra saat 4.00'de iş yapmaya mecbur tutulabilirler,

★ Söz konusu kanunda ilk kez toplu sözleşmeleri rafa kaldıran bir uygulama gerçekleştirildi ki, bu uygulamaya göre, işverenler ve sendikalar arasındaki anlaşma temelinde, bir gencin haftada 44 saat veyahut haftada 5,5 gün çalıştırılmasını mümkün kılmakta, eğer iki ay içerisinde normal 40 saatlik iş haftası yine gerçekleştirilecekse.

232 F. Meclis üyesi bu yasa değişikliklerin lehine 189 parlamenter ise buna hayır oyu kullandılar. Söz konusu yasa değişikliklerin yapılması ile, gerici hükümet partileri, işverenlerin uzun zamandan beri kaldırmak istedikleri korunma tedbirlerini ortadan kaldırmayı başardılar.

Aynı zamanda, söz konusu değişikliklerle senelerden beri işverenlerin tarafından uygulanan pratik, bu kez de bir yasa haline getirildi.

DGB'nin yaptığı ve şimdi yayınladığı bir araştırmadan, genç emekçilerin içinde bulundukları durumlar iyi kavranabilmekte. Örneğin;

★ Hessen'deki meslek okullarına giden çıraklar arasında yapılan bir ankette, çalışma saatlerinde çırakların ancak yüzde 2'sinde çalışma saatlerinin ve sağlık ve iş korunma tedbirlerinin 1976 senesinde onaylanan Gençlik İş Koruma Kanunu ile uyum içinde olduğu ortaya çıktı.

★ Özellikle 8 saat olarak belirlenen iş günü yasasına ve 40 saatlik iş haftası uygulaması hiçe sayıldığı bu araştırmada vurgulanmakta. Kasaplarda çalışan kız satıcılarının yüzde 83'ü, berberlerin yüzde 81'i, fırınlarda satıcı olarak çalışan kızların yüzde 77'si, doktor yardımcılarının yüzde 77'si, ahçıların yüzde 75'i, ve kasapların yüzde 64'ü en az bir kez veyahut daha sık olmak üzere günde 8 saatten fazla çalıştırıldıklarını söylediler. Soru sorulan gençlerin ancak yüzde 50'si haftada 40 saat çalıştıklarını söylediler. Gençlerin yüzde 25'i haftada 44 saate kadar çalıştıklarını söylerlerken, yüzde 8'i haftada 50 saatten fazla çalıştıklarını açıkladılar. Gençlerin yüzde 40'ı, bu mesailer için kendilerine ne tatil ne de fazla mesai ücreti verildiğini vurguladılar.

★ Aynı şekilde, gençlerin işyerindeki kalışlarının azami sınırının, yani mesainin 10 veyahut 11 saati geçmemesi uygulamasının, çoğu kez dikkate alınmadığını göstermekte bu araştırma. Bu özellikle de et satıcıları (yüzde 86'sında), ahçılar (yüzde 74'ünde) ve fırın satıcıları (yüzde 83'ünde) için geçerli olduğu bildirilmekte.

★ Hükümetin ve meclis çoğunluğunun onayladığı, fırın çıraklarının saat 4.00'de iş başı yapmalarını mümkün kılan uygulama, ki gerçekte ise bu uygulama ile gençlerin gece çalışma yasağı ortadan kaldırılmak istenmekte, zaten bugün fırınların yüzde 85'inde gerçekleşmiş bir pratiktir.

DGB araştırmasının en önemli sonuçlarından biri de şudur: Araştırma, gençlerin sağlık durumunun giderek kötüleştiğini açıklarken, hastalanan genç emekçilerin yüzde 54'ü halen hastalıklarına neden olan işyerlerinde ve çalışma şartları altında çalıştıklarını vurgulamakta.

Görüldüğü gibi, işverenlerin sahip oldukları etki ve onların kâr hırsları, bir tarafta erken emekliliğe ayrılmaya mecbur kalan emekçilerin sayısını giderek artırırken, diğer tarafta genç emekçilerinin sağlıklarını da hiçe saymaktadır. Bu gerçekler, işçilerin iktidarı için yeterli bir gerekçedir.

Kısa... Kısa... Kısa... Kısa...

İG Kimya bölücülük rotasını izliyor...

DGB içindeki "beşli çete" yeni bir girişimde bulundu. Kimya ve İnşaat, Taş ve Toprak sendikaları—İG Metall'ın ve DGB'nin görüşlerine zıt olmak üzere—yeni eğitim yerlerinin yaratılması için, bölgesel Ticaret ve Sanayii Odaları'ndan para talep ettiler. İGM yönetiminden Hans Preis ve HBV yönetiminden Dieter Steinborn ise, bölücü girişimi eleştirdiler ve bu tür talepleri haklı olarak reddettiler. Her şeyden önce, İHK'ların işveren örgütleri olduklarını hatırlatan bu sendikacılar, ikinci bir gerekçe olarak da, özellikle İHK'ların son dönemlerde eğitimlerin kalifikasyonunu ve ödenen eğitim ücretlerini düşürmeyi talep ettiklerini ve bu konuda değişik girişimlerde bulunduklarını vurguladılar.

ÖTV'un başarısı...

ÖTV sendikası, F. Ordu ile sürdürdüğü bir mahkeme davasında başarı sağlayabildi. Konu: F: Ordu'da çalışan bir emekçi, otomobilinde "35 saatlik iş haftası" pulunu yapıştırdığı için, bir alay komutanı söz konusu emekçiye kışlanın içinde park etmeyi yasaklamıştı. Komutan bu tavrı için de, söz konusu pulun spontan toplantılara yol açacağı gerekçesini ileriye sürmüştü. Wuppertal İŞ Mahkemesi dava açan emekçiye hak vererek fikir özgürlüğünün kışla kapısında sona ermediğini vurguladı ve bugüne dek beklenen toplantıların olmadığını vurguladı.

Başbakan ile şömine sohbetleri...

Kimya sendikası başkanı Rappe'den sonra, İGM yönetim kurulu üyesi Franz Steinkühler de, radyoda yaptığı bir konuşmada, başbakan ile şömine sohbetlerinden yana olduğunu söyledi, başbakan ile örneğin çelik ve gemi sanayiileri için geçici iş garantileri sorununun tartışılabileceğini vurguladı.

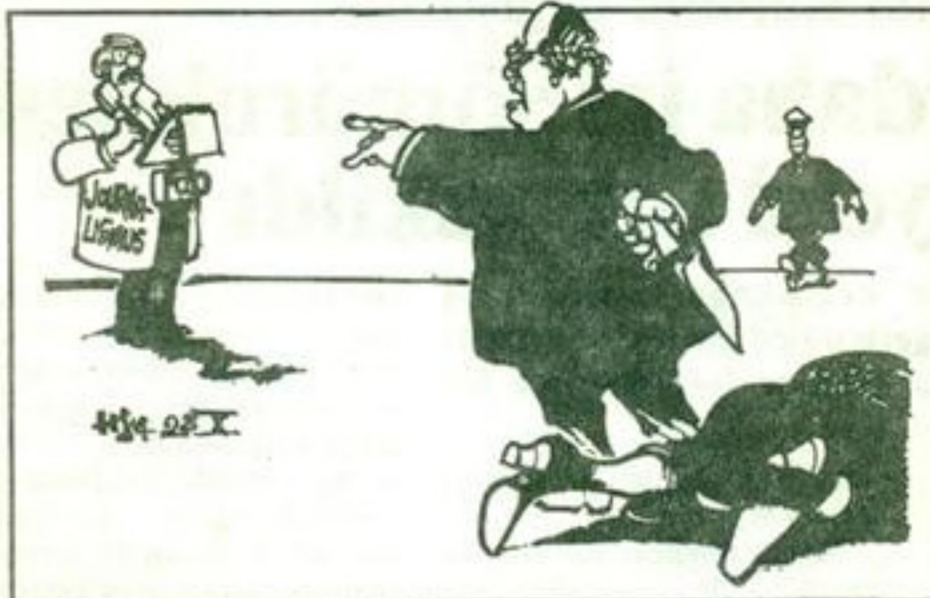
Kohl auf Barzels Spuren

CDU-„Gegenoffensive":

Er wolle möglichst schnell eine Bundestagsdebatte über die Parteispenden. Er habe ein gutes Gewissen, sei als erster für eine Neuregelung des Spendenwesens eingetreten. Die SPD habe für die Hitler-Zeit auch Entschädigung kassiert. Es handele sich um eine großangelegte Kampagne von Staatsfeinden. Die Haushaltsdebatte im Bundestag im Dezember müsse ohne „Affären-Argumente" stattfinden können. — Das waren die Worte Helmut Kohls, mit denen er zur von der CDU angekündigten Gegenoffensive antreten will. Die Springer-Presse hieb sofort in dieselbe Kerbe. Die Tatsachen aber sprechen eine andere Sprache als Helmut Kohl, wie es schon bei Barzel war.

Was will Kohl? Eine Bundestagsdebatte? Die braucht, außer der Bonner Prominenz, zuerst er selbst, niemand zu fürchten. Dabei erhebt sich die Frage: Sollen Abgeordnete, die Fakten zitieren, wie es Jürgen Reents tat, auch bei dieser Debatte sofort ausgeschlossen werden? Wenn Kohl, wie er sagt, eine solche Debatte von Anfang an wollte, warum hat er dann nicht da schon, als Reents sprach, den Fehdehandschuh aufgenommen, sondern sich gedrückt und dafür gesorgt, daß Reents aus der Debatte ausgeschlossen wurde?

Wie verlogen ist Kohl? Will er tatsächlich jemand glauben machen, seine Kapitalistenpartei sei in der BRD verfolgt worden und habe deshalb „Recht auf Entschädigung"? Von wem verfolgt? Doch höchstens von den Kassenwarten der Großkonzerne! Tatsache ist: Auch die SPD hat Millionen bezogen. Um zu sichern, daß sie eine Politik betrieb, die sich von der der CDU wenigstens nicht allzuweit entfernte. Dazu waren Schmidt und Co. gerne bereit. Wegen dieses politischen Inhalts und der selbst kassierten viel größeren Summen kann er dieses Geld nicht anführen und spricht stattdessen von der Entschädigung. Zur Erinnerung: Als damals tatsächlich Sozialdemokraten verfolgt wurden, da waren die späteren CDU-Mitbegründer noch Marinerichter und Angestellte des Goebbels-Ministeriums.



„Haltet den Rufmörder!" — tz, München

Wer ist gegen Kohl? Sicher: Die nicht, denen er, neben vielem anderen, auch noch Amnestie für ihren Steuerbetrug versprach. Sind alle Kohl-Gegner Antidemokraten? Das hieß es schon bei der Kampagne gegen den Blutrichter Filbinger, gegen Altnazis wie Kiesinger, Globke und wie sie alle in den CDU-Reihen hießen. Demokrat sein heißt nach dieser Kohlschen Bestimmung — beispielsweise — sich sein Parteiprogramm von Flick-Millionen bestimmen zu lassen. Heißt demnach, sich den Weg zur Kanzlerschaft von einer kleinen Gruppe Großkapitalisten freikaufen zu lassen. Wie immer in solchen Fällen betreibt Kohl eine Wortwahl, die alles umdreht — getreu der CDU-Politik nicht denjenigen anzugreifen, der eine Schweinerei begeht, sondern den, der sie aufdeckt.

Was Kohl tun muß? [illegible] meint, dafür sorgen, daß [illegible] Haushaltsdebatte im Dezember „spendenfrei" über die Bühne geht — verständlich. Der Zusammenhang von Spendern und CDU-Politik in ihrem Interesse könnte zu deutlich werden. Es geht um etwas ganz anderes: Kohl muß zurücktreten! Er wurde nicht als Flick-Kanzler gewählt! Sein Rücktritt — das wäre mehr als ein Austausch von Personen, das wäre eine handfeste politische Niederlage von Reaktion und Kapital. Was not tut sind Neuwahlen, unabhängig vom Ausgang. Nicht, um „Ansehen wieder zu gewinnen" — dieses ist längst, per System, verkauft worden. Sondern wegen des grundsätzlichen demokratischen Rechts, Einfluß auf die Regierungsbild[illegible] zu nehmen. Die jetzige wu[illegible] erkenntlich in den Chefetagen der Großkonzerne zusammengestellt.

(aus RC[illegible] MORGEN vom 2.11.84)



Kohl und der damalige Flick Manager von Brauchitsch : Duzfreundschaft

Kohl muß zurücktreten!

Neuwahlen!